

## **Wiener Zeitung: Leitartikel von Reinhard Göweil: "Banken sind wie Handys..."**

Utl.: Ausgabe vom 15. Oktober 2011 =

Wien (OTS) - ... jeder verflucht sie, aber ohne geht es gar nicht. Nun brauchen die europäischen Finanzinstitute - nach 2008 - schon wieder Geld. Der simple Satz, wonach die "G'stopften" das allein ausbaden oder pleitegehen sollen, weil für wichtigere Dinge auch kein Geld da ist, klingt einleuchtend und sogar sympathisch. Aber es geht halt nicht ohne sie, die Banken.

Also werden sie in Europa neuerlich gerettet werden, denn der nächste Schritt wären Staatspleiten. Sparguthaben bis 100.000 Euro sind vom Staat quasi versichert. Und die Pleite einer Großbank würde die nächste mitreißen, die übernächste, die überübernächste. Kein Staat könnte so einen Betrag tatsächlich auszahlen.

Dabei frisst sich das Finanzsystem derzeit selbst: Die Finanzmärkte verlangen von Banken neun Prozent Eigenkapital. Die Abschreibungen auf Staatsanleihen, Tochterbanken sowie spekulative Finanzprodukte aller Art kosten aber so viel Geld, dass diese Quote kaum zu erreichen ist. Warum diese hohe Quote nicht einfach reduziert wird, wissen die Götter.

Im Gegenzug für diese Erleichterung müssten freilich den Banken manche Geschäfte schlicht untersagt werden. Eine Bank zu retten, die mit Anlauf griechische Anleihen oder undurchsichtige Kreditausfallversicherungen gekauft hat, das tut in der Tat weh. "Occupy Wall Street" - oder jede andere Bankenmeile auf der Welt - hat recht. Wenn solche Geschäfte zu Milliarden-Boni für Banker führen, bei Misserfolg aber zu Millionen Arbeitslosen, dann haben sie jede Berechtigung verloren. Banker mögen wortreich erklären, dass gewisse Absicherungsgeschäfte notwendig sind - es bleibt Blödsinn.

Da ist es deutlich klüger, die Banken machen viel niedrigere Gewinne, aber dauerhaft und ohne die Gewissheit staatlicher Rettung.

Solche Eingriffe sind mit freier Marktwirtschaft kaum in Einklang zu bringen, aber wenn diese Freiheit derart missbraucht wird, ist sie eh keine mehr.

Wenn Banken nun vom Staat aufgepäppelt werden müssen, dann nur über den harten Weg: Kapital gegen Stimmrecht, so lautet das Spiel. Mag sein, dass Politiker davor scheuen, sich mit mächtigen Managern anzulegen, die ihre früheren Wahlkämpfe mitfinanziert haben. Aber Politiker sollten eines nicht vergessen. Sie sind nicht wie Banken, sondern wie Handy-Betreiber: Die kann man wechseln.

[www.wienerzeitung.at/leitartikel](http://www.wienerzeitung.at/leitartikel)

Rückfragehinweis:

Wiener Zeitung

Sekretariat

Tel.: +43 1 206 99-474

<mailto:redaktion@wienerzeitung.at>

[www.wienerzeitung.at](http://www.wienerzeitung.at)

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/454/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0276 2011-10-14/18:55

141855 Okt 11

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20111014\\_OTS0276](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20111014_OTS0276)